

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Mai 2023

Kreistag

Der Kreistag im Mai 2023 war diesmal sehr kurz und eher durch formale Tagesordnungspunkte geprägt. Neben der Neubesetzung von Gremien der SPD und Grünen, wurden auch die Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss der Schöffen für die Legislaturperiode 2024-2028 gewählt. Nur die FDP-Fraktion entsendete als Vertrauensperson kein Mitglied des Kreistags. Mit Rainer Hange aus Starnberg entsendet sie für diese wichtige Aufgabe ein äußerst kompetentes und vertrauenswürdigen Mitglied des Kreisverbandes in den Wahlausschuss.

Kreisausschuss

Im Kreisausschuss berichtete Landrat Frey über die Einsparungen im Landratsamt, die als Konsequenz der haushaltswirtschaftlichen Sperre im Kreishaushalt vollzogen werden müssen. Durch die finanziell angespannte Situation im Kreishaushalt und durch die unzureichende Finanzierung der kommunalen Haushalte im Landkreis ist dies auch dringend notwendig geworden. Aus den o.g. Gründen überraschte die FDP-Fraktion der Beschluss der Verwaltung über die Neuausrichtung der orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteile, der ohne rechtliche Grundlage, rückwirkend zum 1.1.2020 und mit Verzicht auf die eigentlich rechtlich notwendige Bedarfsanmeldung der Beamten/-innen vollzogen werden sollte. Die FDP-Fraktion hat sich gegen die freiwillige rückwirkende Besoldung ausgesprochen, da diese Ausgabe den ohnehin sehr angespannten Kreishaushalt ohne jeden Grund zusätzlich belasten würde.

Berg

Bauvorhaben

In seiner ersten Maisitzung hatte der Gemeinderat sich mit Stimme der FDP gegen die Empfehlung der Verwaltung ausgesprochen, eine Hackschnitzelanlage im Außenbereich nicht zu genehmigen.

Weiter musste die Baugenehmigung für die Container der Montessori-Schule erneuert werden, was bei einigen Fraktionen für Unmut ob des langsamen Baufortschrittes sorgte. Die FDP wand ein, dass sich kein Bauherr die teurere Container-Miete freiwillig aussucht.

Food-Kühlschrank

In der zweiten Maisitzung wurde ein SPD-Antrag zur Einrichtung eines Food-Kühlschranks behandelt, eines Kühlschranks in dem verpackte Produkte an Bedürftige weitergegeben werden können. DIE FDP wandte sich strikt gegen eine Haftung der Gemeinde durch eigene Betreuung des Kühlschranks und brachte weitere Haftungsrisiken ein. Auf Druck von FDP, Grünen, QUH und CSU wurde der Antrag so umformuliert, dass eine grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinde besteht, das Projekt durch Stellung eines Grundstücks und weitere Subventionen zu unterstützen. DIE SPD-Fraktion wurde aufgefordert mindestens 3 Verantwortliche für das Projekt zu benennen.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Gauting

Gewerbeentwicklung am Sonderflughafen Oberpfaffenhofen

In seiner jüngsten Sitzung hat der Bauausschuss der Gemeinde Gauting ein Verfahren zur Flächennutzungsplanänderung im Bereich der bereits bestehenden Gautinger Gewerbeflächen am Sonderflughafen Oberpfaffenhofen eingeleitet. Ziel dieser Änderung ist die Verlegung festgesetzter - aber noch nicht realisierter - Ausgleichsflächen in einen anderen, hierfür ebenso geeigneten Bereich des Flughafenumfeldes. Dadurch können bereits bestehende massive Lärmschutzhallen, die ursprünglich zum Abbruch vorgesehen waren, weiterhin zu gewerblichen wie auch zu Forschungszwecken genutzt werden. Zudem wird durch Verlagerung der Ausgleichsflächen die Erschließung des geplanten Gautinger Gewerbegebiets "Galileopark", welches auf den südlich angrenzenden Flächen realisiert werden soll, ermöglicht. Mit der Einleitung dieses Flächennutzungsplanänderungsverfahrens kann somit ein weiterer kleiner Schritt zur Schaffung der dringend benötigten Gewerbeflächen in der Gemeinde Gauting vollzogen werden.

Krailling

Busverkehr

Der Gemeinderat Krailling hat sich Ende April mit der Ortsbuslinie 967 befasst: Mit 19:1 Stimmen wurde der Verlängerung des Betriebs mit Dieselmotoren (anstatt einer Elektrifizierung) um 4 Jahre zugestimmt. Es soll zudem geprüft werden, ob eine Haltestelle (z.B. vor einem Geschäft) möglich ist. Die bisherige Taktung mit wenigen Fahrten zum Altenheim soll wie bisher beibehalten werden. Hierzu hatte die FDP vorgeschlagen, das Altenheim und damit auch das TV-Sportgelände öfter als bisher und v.a. auch früher und später am Tage anzufahren.

Bezüglich des Busverkehrs zur Schule berichtet die FDP vom Kontakt mit dem Landratsamt mit dem Ziel, die vollen Schulbusse von Krailling nach Gauting durch zusätzliche Busse oder Anhänger zu entlasten. Das Landratsamt als Aufgabenträger ist in Gesprächen mit den Betreibern, hat aber noch keine Lösung.

Zum ÖPNV-Busverkehr mit dem Gewerbegebiet KIM kann mitgeteilt werden, dass die FDP das Landratsamt wegen der angedachten Verlängerung der KIM-Linie 906 einmal stündlich über Gut Pentenried und Pentenried Siedlung zum Penny-Kreisel in Gauting angesprochen hat; dort könnte man in den X910 umsteigen, ebenso in Gegenrichtung in der KIM in den X920. Über diese Planung hat das LRA aber keine Kenntnis mehr und stimmt sich erst intern ab.

Katastrophenschutz in Landkreis und Gemeinde

Der Gemeinderat wurde Ende April 2023 auf Antrag der Grünen von der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Starnberg über die Vorbereitungen und die Aktualität von Notfallplänen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Versorgung der Bevölkerung informiert. Die gemeindlichen Planungen waren bereits vorher bekannt gegeben wurden, auch hatte der Bürgermeister fortlaufend von den Planungen des Landkreises berichtet. Nun wurde das Konzept des Landkreises vorgestellt und um die Planungen in Krailling

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



ergänzt. In Krailling gibt es derzeit zwei (künftig drei) Notstromaggregate, welche zur Versorgung von Feuerwehr (Brandschutz) und Schule (als Anlaufstelle mit Notunterkunft/Notküche inkl. Arztdienst) dienen sollen. Auch in Pentenried soll ein solcher „Leuchtturm“ ermöglicht werden.

Seefeld

Neues Klinikum in Herrsching

Die Planer stellten in der letzten Gemeinderatssitzung die Pläne für das neue Klinikum vor, das jetzt an der Seefelder Straße in Herrsching gebaut werden soll und das Seefelder Krankenhaus aufnehmen wird. Auch wenn Seefeld mit der Erstellung der Pläne und des zugehörigen Bebauungsplans nichts mehr zu tun hat (außer der üblichen nachbarschaftlichen Anhörung), war das Interesse an dieser Planung groß und sie wurde sehr positiv beurteilt. Gerne hätten wir solch eine Klinik in Seefeld behalten! Von Seiten der FDP wurde angeregt, durch Gestaltungselemente des Neubaus an die historische Klinik in Seefeld zu erinnern. Außerdem wurde von der FDP darauf hingewiesen, dass die Erreichbarkeit der neuen Klinik auch an den heißen Sommerwochenenden gegeben sein muss, wenn eine endlose Autoschlange von Herrsching zur Autobahnauffahrt den Klinikzugang blockiert.

Gemeindlicher Wohnungsbau an der Spitzstraße in Hechendorf

Nachdem in der letzten Sitzung die teilweise Reduktion eines der beiden geplanten Gebäude unter Verlust von 130 m² Wohnfläche zu 2-stöckiger Bauweise gegen 6 Stimmen beschlossen wurde, stand jetzt die entsprechende Änderung des Bebauungsplans zur Abstimmung. Dabei wurde erneut beantragt, trotz geplanter 2-stöckiger Bauweise, den Bebauungsplan unverändert mit 3-stöckiger Baumöglichkeit zu belassen. Dies wurde mit Stimme der FDP, die sich vorher gegen diese Reduktion ausgesprochen hatte, abgelehnt, da dies erneut zu einer rechtlichen Hinterfragung dieses Plans führen könnte und mit Rechten nur auf dem Papier nichts zu gewinnen ist.

Starnberg

Haupt- und Finanzausschuss

Der Haupt- und Finanzausschuss hatte im Mai wenige öffentliche Tagesordnungspunkte zu bearbeiten: Beschlossen wurde eine Anpassung der Bayern-WLAN-Standorte (Reduzierung um 2 Standorte wegen Doppelabdeckung), die Bestätigung des zweiten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr in Söcking und die Neukalkulation der Friedhofsnutzungsgebühren.

Ein Antrag aus der Bürgerversammlung zum Thema Kinderbetreuung wurde abgelehnt, da eine erneute Konzepterstellung nur bereits bestehende Pläne und Informationen wiederholt hätte.

Bauausschuss

Der Bauausschuss wurde in diesem Monat von „normalen“ Themen dominiert. Änderungen an bestehenden Bebauungsplänen, Genehmigungen von Neubauten und Änderungen im Bestand.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Auf Antrag der Verwaltung wurde beschlossen, das Gymnasium Starnberg weiterhin mit 4 Zügen zu planen und entsprechend bei der Regierung von Oberbayern zu beantragen. Gerade im Hinblick auf das G 9 und die dann benötigten Räume ist dies notwendig.

Der Konzeptwettbewerb zum Bayerischen Hof geht in die finale Phase. Die Auslegung wird im Juni erfolgen. Wir saßen gut 4 Stunden zusammen, obwohl wir fast nicht beschlussfähig waren. Es fehlten die Vertreter der Grünen (entschuldigt, plötzlich krank), BMS und WPS. Die Fraktionen mit 3 bis 6 Mitgliedern schaffen es nicht, die Vertretung zu regeln. Die FDP ist immer da.

Stadtrat Starnberg

Im Stadtrat waren wieder einige Punkte aus der Bürgerversammlung abzuarbeiten

Auf Grund von Personalmangel musste eine Reduzierung der Öffnungszeiten im Seebad beschlossen werden.

Die Verwaltung wurde ermächtigt, dies bei entsprechender Personalstärke wieder rückgängig zu machen.

Eine längere Diskussion entspann sich um den Vorschlag der Verwaltung, wie mit einer möglichen Abschlagszahlung des Landes Bayern für die Reduzierung der Hanfelder und Söckinger Straße anstelle einer punktuellen Instandsetzung umzugehen ist. Hintergrund ist die Herabstufung der beiden Straßen von Staatsstraßen zu Gemeindestraßen. In diesem Fall ist eine Ausbesserung auf einen funktionsfähigen Zustand oder eine Ausgleichszahlung vorgesehen. Ein „funktionsfähiger“ Zustand muss aber nicht die Wünsche der Starnberger Politik widerspiegeln, auch hat die Stadt kein Mitspracherecht bei der Planung. Da es auch keine konkreten Zahlen zu einer möglichen Abstandszahlung vorlegt worden sind, wurde der Bürgermeister mit einem Verhandlungsmandat versehen. Mit klaren Zahlen kann der Stadtrat dann entscheiden, entweder die Zahlung oder ein „Flickwerk“ auf den Straßen zu akzeptieren.

Ein Antrag der Grünen / BMS zur außerplanmäßigen finanziellen Unterstützung des Tierheimes wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die finanzielle Situation der Stadt ist nicht sprunghaft besser geworden. Alle freiwilligen Zuschüsse für das Jahr 2023 wurden im Januar ausführlich und offen diskutiert. Jetzt auf einmal wieder in alte Gewohnheiten zu verfallen, mitten im Jahr jedem wieder einen Zuschuss zu gewähren, hat die Stadt bereits einmal an den Rand der Haushaltssperre gebracht. Die Mehrheit im Stadtrat (inkl. FDP) hatte dankenswerterweise das Standing, sich an die eigenen Vorgaben zu halten.